

Wicklung zu hemmen, demokratische Organisationen zu verbieten und einen militaristischen Obrigkeitsstaat aufzuziehen, entgegenzutreten bzw. sie zu verhindern.

Im vergangenen Monat nahm auch die Delegiertenkonferenz der IG Druck in Hannover gegen die Remilitarisierung und die Wiederaufrüstungspolitik Stellung. In einer Entschließung wird gesagt:

„Schon jetzt mehren sich die Anzeichen, daß mit dem Fortschreiten der Aufrüstung in der Bundesrepublik sich Kräfte bemerkbar machen, die den Gewerkschaften durchaus nicht freundlich gegenüberstehen. Die Gefahr eines militaristischen Obrigkeitsstaates, wie wir ihn schon in der Vergangenheit erlebt haben, wird immer stärker. Wir stehen nach wie vor hinter den Beschlüssen des 3. DGB-Kongresses in Frankfurt und sind bereit, uns jederzeit für die Durchführung des Aktionsprogramms des DGB einzusetzen, — Statt Wehrpflicht und Remilitarisierung wollen wir schnellste Verwirklichung der Sozialreform. Alle Kraft gilt der Forderung nach der 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.“

Es zeigt sich also, daß viele Gewerkschafter in Westdeutschland bereit sind, gegen Remilitarisierung, Aufrüstung und verschärfte Ausbeutung zu kämpfen. Die Arbeiter erkennen immer deutlicher: Sie sind die entscheidende Kraft, die ein neues 1933 verhindern kann.

Es gibt bereits Beispiele, wo Kommunisten und Sozialdemokraten die parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um der Kriegspolitik der 150 Multimillionäre entgegenzutreten und die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Werktätigen zu sichern. In Straubing traten Sozialdemokraten und Kommunisten im Stadtparlament gemeinsam bei der Etatsberatung gegen die Herabsetzung der Mittel für Schulen, Wohnungsbau usw. auf und wiesen den Haushaltsplan, der ein Spiegelbild der Aufrüstungspolitik Westdeutschlands darstellte, zurück. Das gemeinsame Handeln der Kommunisten und Sozialdemokraten führte also zum Erfolg.

Bei den bayerischen Gemeindewahlen im März 1956 kamen — leider erst in wenigen Gemeinden wie in Leonberg, Lauf und Grünmoorbach bei Aschaffenburg —*

SPD- und KPD-Genossen und parteilose Arbeiter sammelt und beschlossen, den bürgerlichen Parteien geschlossen die Kraft der Arbeiterklasse entgegenzusetzen und einen fortschrittlichen Bürgermeister zu wählen. Bei der Aufstellung der gemeinsamen Kandidaten betonten die Sprecher der SPD und KPD, es komme jetzt darauf an, das Einigende hervorzuheben und gemeinsam, trotz aller Störungsversuche, den Kampf gegen die drohende Gefahr eines neuen Krieges aufzunehmen. „Wir Sozialdemokraten und Kommunisten gehören zusammen!“ rief eindeutig und laut in Leonberg ein Mitglied der SPD als Antwort auf den vergeblichen Versuch eines Störenfrieds, die Arbeiterparteien gegeneinander aufzuwiegeln. Der Sozialdemokrat erklärte weiter, die SPD werde sich in ihrem Kampf nicht mit den bürgerlichen Parteien verbinden. Diese Genossen haben aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die richtigen Lehren gezogen! Ihre Haltung bestätigt die Richtigkeit der Erkenntnis, daß Uneinigkeit der Arbeiterklasse stets die Reaktion stärkt, einheitliches Handeln sie aber schlägt. Das beweisen auch die Wahlergebnisse in diesen Orten. Die Wahl brachte den Kandidaten der KPD und SPD den Sieg, den bürgerlichen aber eine Abfuhr.

Alle diese gemeinsamen Kämpfe zeigen, daß es viele Berührungspunkte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gibt. Solche und andere Berührungspunkte ergeben sich auch jetzt bei den Aussprachen der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre auf den Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen der SPD zur Vorbereitung ihres Parteitags, der eine Neuorientierung der Politik der Partei auf die Tagesordnung stellt. Was geschieht?

In den Mitgliederversammlungen der Sektionen, Ortsvereine und Distrikte, auf den Delegiertenkonferenzen der Kreise und Bezirke sowie auf den Landesparteitagen wenden sich zahlreiche Mitglieder gegen die drohende Kriegsgefahr, gegen die Wehrpflicht, gegen die Mitarbeit der Mehrheit der Bundestagsfraktion der SPD im Personalgutachterausschuß (der die Auswahl der Offiziere für die NATO-Wehrmacht bestätigt) und gegen die Zustimmung der Bundestagsfraktion der SPD